GENDER OPEN REPOSITORIUM

Transformationen des politischen Feldes als Chance für feministische Politik?

Löffler, Marion

2008

https://doi.org/10.25595/1804

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Löffler, Marion: *Transformationen des politischen Feldes als Chance für feministische Politik?*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 17 (2008) Nr: 2, 90-99. DOI: https://doi.org/10.25595/1804.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Transformationen des politischen Feldes als Chance für feministische Politik?

MARION LÖFFLER

Einleitung

Professionelle Politik ist längst kein „Männerberuf" mehr[1]. Selbst politische Spitzenpositionen sind nicht mehr allein Männern vorbehalten, was nicht zuletzt das Beispiel Angela Merkels zeigt. Das Eintreten von Frauen in traditionelle Politikarenen[2] gab schon früh Anlass zur Frage, ob und wie sich die vorrangig als männliche Kultur wahrgenommene Politik ändern würde (Schaeffer-Hegel u.a. 1995, 13). Die politikwissenschaftliche Forschung attestierte Frauen lange Zeit eine besondere Politikferne (ebd., 12), vor allem eine im Vergleich zu Männern größere Distanz zu politischen Institutionen (Hoecker 1998, 79). Die hohe Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen, die jenseits der herkömmlichen Institutionen angesiedelt sind, machte deutlich, dass ein Politikverständnis, das auch soziales Engagement als politische Partizipation erfasst, diese Feststellungen in Frage stellt. Nunmehr scheint aber auch ein institutionell eng gefasstes (gouvernementales) und konfliktorisches Verständnis von Politik (Lang 2004, 69f.) geeignet, politisches Handeln von Frauen zu erfassen. Ziel dieses Artikels ist es, die diesem Politikverständnis entsprechende theoretische Konzeption von Politik daraufhin zu überprüfen, ob sie einerseits Frauen in der Politik, andererseits auch „feministische Politik" zu erklären vermag. Meine Hypothese lautet, dass für Frauen in der Politik tatsächlich keine unüberwindbaren Hürden eingelassen sind, feministische Politik jedoch als strukturell benachteiligt angesehen werden muss.

Referenzpunkt bildet ein „realistischer Politikbegriff", wie er einem „realistischen" Demokratieverständnis korrespondiert (vgl. Hoecker 2006, 5f.) und „Politik als ein faktisch mit Macht identisches Problem" (Scheele 2008, 61) begreift. Nach Machiavelli und Hobbes hat vor allem Max Weber diesen Begriff geprägt: Politik ist das Streben nach Macht, Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung (Weber 1988, 506). Im ersten Teil möchte ich mithilfe der feministischen Weberkritik aufzeigen, wie sehr dieser Politikbegriff eine „männlich gestaltete und männlich beherrschte Welt" (Kreisky 1995, 32) beschreibt. Um die impliziten Regeln des politischen (Macht-)Spiels in ihren Geschlechterdimensionen aufzeigen zu können, werde ich im zweiten Teil Pierre Bourdieus „politisches Feld" als eine kritische Erläuterung zu Weber interpretieren. Im dritten Teil werde ich Chancen von Frauen im politischen Feld erörtern und im vierten die konzeptionell eingelassenen Hindernisse für feministische Politik. Im abschließenden Kapitel werde ich Transformationen des politischen Feldes aufzeigen, die derzeit in politikwissenschaftlicher Diskussion sind, und der Frage nachgehen, ob sie die konzeptionellen Hindernisse für feministische Politik beseitigen.

Politik als Männerberuf bei Max Weber

In seinem Vortrag „Politik als Beruf" entwarf Max Weber (1988) nach dem Ersten Weltkrieg einen Politikertypus, der insofern als dezidierter Männlichkeitsentwurf gelesen werden kann, als er ihn metaphorisch immer wieder in Gegensatz zu bestimmten Weiblichkeitsbildern (Ehefrau und Gemüsefrau) setzt (vgl. Kreisky 1994, 194). Sein Metier ist der Kampf und das Streben nach Macht (Weber 1988, 506). Das Objekt seines Strebens ist der moderne Staat, der aufgrund seines Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit zum Macht- und Herrschaftszentrum moderner Gesellschaften geworden ist. Dem geht ein weites Politikverständnis voraus, das „jede Art selbständiger leitender Tätigkeit" umfasst (ebd., 505). Die paradigmatische Figur, die diese Art der Selbständigkeit repräsentiert, ist die des Unternehmers, der das eigentliche Vorbild des idealen Politikers (vgl. Borchert 2003, 83) für Weber darstellt. Politiker und Unternehmer leiten je einen bürokratischen Apparat, sei es ein kapitalistischer Betrieb, ein moderner Staat oder eine (Massen-)Partei. Diese Apparate bilden die Kerninstitutionen moderner Herrschaft (vgl. Weber 1980, 545). Konsequenterweise liegt für ihn „die wirkliche Herrschaft, (…) in den Händen des Beamtentums" (ebd., 825). In der Sphäre von Staat und Politik tut sich somit eine Diskrepanz auf zwischen dem nach Leitung strebenden Politiker und dem im Zentrum der Herrschaftsapparatur agierenden Beamten. Der Politiker müsse leisten, was der Beamte nicht kann: führen, Entscheidungen fällen, Kompromisse schließen und nicht zuletzt Verantwortung tragen.

Webers Berufspolitiker zeichnet sich durch drei Qualitäten aus (Weber 1988, 545): Leidenschaft im Sinne der Hingabe an eine Sache – also Sachlichkeit –, Verantwortung gegenüber dieser Sache und Augenmaß, gewissermaßen als Realitätssinn, der Distanz zu Dingen und Menschen voraussetzt. Dieser idealisierte Politiker verkörpert zugleich ideale Männlichkeit durch seine Unabhängigkeit, Mut und Stärke (Bologh 1990, 34). Für Webers Politiker ist zudem dessen Abgrenzung zu allem, was mit Weiblichkeit assoziiert wird, konstitutiv. Unehrenhaftes Verhalten in der Politik bezeichnet er regelmäßig als eines, welches „nach alter Weiber Art" verfahre (ebd., 34). Nicht jeder Mann ist zum Politiker befähigt, was im Begriff des Charismas deutlich wird, das sich letztlich als besondere männliche Fähigkeit erweist, Jünger und eine Gefolgschaft um sich zu scharen, und zum Führer in der Politik zu werden (Kreisky 1994, 194). In modernen Demokratien mit bürokratischen Massenparteien sind demnach die meisten Politiker keine Berufspolitiker in Webers Sinne, sondern „Parteibeamte", die dessen Gefolgschaft zuzuzählen sind.

Das Szenario, gegen das Weber seinen Berufspolitiker stark macht, ist eine drohende Beamtenherrschaft. Webers Lösung des Problems bezeichnet Mommsen (1974, 60) als „plebiszitäre Führerdemokratie". In einem solchen Demokratieverständnis richtet sich das Wahlverhalten ausschließlich auf Führereigenschaften von Politikern, nicht jedoch auf politische Inhalte. Trotz seiner Betonung der Hingabe an eine Sache hängt Politikfähigkeit letztlich an Führerqualitäten. Politik erscheint als Kampf um Macht, um Herrschaft von Männern über Männer in „a no-woman's land" (Bologh 1990,

XIV). Webers geradezu maskulinistischen Vorstellungen, die er seinem Berufspolitiker einschreibt, erhellen auch die androzentrischen Dimensionen des „realistischen Politikbegriffs". Pierre Bourdieus Konzept des „politischen Feldes" kann als eine Art Offenlegung der geheimen Spielregeln einer Politik gelesen werden, die an diesen Politikbegriff gebunden ist.

Politik als Machtspiel bei Pierre Bourdieu

Pierre Bourdieu konzipiert Politik als „Feld". Als Feld bezeichnet er einen relativ autonomen sozialen Mikrokosmos, den er in der Metapher eines Spiels beschreibt, das nach eigenen (impliziten) Regeln funktioniert (vgl. Bourdieu/Wacquant 2006, 128). Politik meint „Kämpfe zwischen politisch Verantwortlichen", deren gemeinsames Ziel es ist, „die Macht über den Staat" zu erringen (Bourdieu 2001a, 51). Das politische Feld weist soziale Zugangsbeschränkungen auf: freie Zeit, Bildung und ökonomischer Überschuss (ebd., 44), weshalb moderne Demokratien einen versteckten „Zensusmechanismus" haben. Zudem konstatiert Bourdieu aufgrund der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern einen tendenziellen Ausschluss von Frauen (ebd. 43). Das Hauptproblem der Politik sieht er jedoch in der Art des Spiels, bei dem es um die Durchsetzung legitimer Sicht- und Teilungsprinzipien der sozialen Welt (Prinzip der Di-Vision) geht (ebd. 54f.). D.h. die Machtkämpfe im politischen Feld sind Ideenkämpfe, um die richtige Weltsicht, in denen die Mächtigen im Feld gegenüber dem „einfachen Volk" ein Kompetenz- und Wahrheitsmonopol beanspruchen (ebd. 56). Um dieses beanspruchte Monopol zu brechen, entwirft Bourdieu seine Konzeption des politischen Feldes als kritisches Instrument, das, indem es aufzeigt, wie Politik funktioniert, diese zugleich in Frage stellt.

Bourdieus Konzeption weist zahlreiche Ähnlichkeiten mit Webers Politikbegriff auf, was es ermöglicht seine Ausführungen als kritische Erläuterungen zu Webers „realistischen Politikbegriff" zu lesen. Auch Bourdieu beschreibt das politische Feld als eine männliche Welt, eröffnet damit jedoch ein feministisches Kritikpotential.

In seinem Text „die männliche Herrschaft" (Bourdieu 1997b) geht Bourdieu der Frage nach, wie sich die soziale Asymmetrie zwischen den Geschlechtern reproduziert und sich scheinbar der Geschichte und damit grundlegender Veränderung entzieht. Die Wurzel des Problems vermutet er in der Ökonomie des symbolischen Tausches, dessen Urform der Heiratsmarkt ist. Männer sind Subjekte der Heiratsstrategien, Frauen Objekte, die als Symbole zirkulieren (Bourdieu/Wacquant 2006, 210f.), selbst aber nicht in der Lage sind, symbolisches Kapital zu akkumulieren. Die ungleiche Verteilung von Chancen der Aneignung symbolischen Kapitals führt Bourdieu auf das grundlegende Prinzip der Di-Vision zurück, das darauf beruht, die physische und soziale Welt entlang asymmetrischer Gegensätze (hoch/tief, oben/unten usw.) zu deuten und je mit männlich/weiblich zu assoziieren. Als universell angewandte Denkschemata bewirken sie eine „Naturalisierung" sozial hergestellter Differenzen zwischen den Geschlechtern (vgl. Bourdieu 2005, 19). Diese Einteilung wird als Wahrneh-

mungs-, Bewertungs- und Handlungsschemata buchstäblich einverleibt (Bourdieu 2001b, 218).
Der Habitus ist das „Produkt der Einverleibung einer sozialen Struktur in Form einer quasi natürlichen, oft ganz und gar angeboren wirkenden Disposition" (ebd., 216). Durch Einverleibung der „männlichen Herrschaft" erklärt sich die scheinbar natürliche Trennung in zwei verschieden vergeschlechtlichte Habitusformen. Im Habitus ist die männliche Herrschaft inkorporiert, was für den weiblichen Habitus eine somatisierte Unterwerfung bedeutet und für den männlichen eine „libido dominandi", ein habituierter Trieb, herrschen und in Machtspielen gewinnen zu wollen (vgl. Meuser 2006, 163). In der männlichen Sozialisation wird die Basis-illusio (von lat. ludus: Spiel) erworben, d.h. die Überzeugung, dass das Spiel wert ist gespielt zu werden (Bourdieu 1997b, 195). „Die ursprüngliche illusio bewirkt, daß Männer (im Gegensatz zu Frauen) gesellschaftlich so bestimmt sind, daß sie sich, wie Kinder, von allen Spielen packen lassen, die ihnen gesellschaftlich zugewiesen werden" (Bourdieu 1997a, 196). Folglich ist Bourdieus Konzeption von Männlichkeit konstitutiv für seinen Feldbegriff.
Felder sind (Macht-)Spiele, nämlich „ernste Spiele", in denen es um Ehre geht, von denen Frauen per definitionem ausgeschlossen sind. Denn in wundersamer Zirkelhaftigkeit kann Ehre nur erworben werden durch Herausforderung eines Ehrenmannes, der in der Lage ist eine Erwiderung zu geben (Bourdieu 2005, 90). In modernen Gesellschaften[3] finden diese Spiele in spezialisierten Feldern statt (ökonomische, politische, wissenschaftliche usw.), die alle die Dispositionen eines männlichen Habitus voraussetzen. Für Frauen bedeutet das, dass sie zwar Fortschritte erzielen können, was den Eintritt in diese Felder betrifft, aber im Spiel strukturell benachteiligt bleiben, die Männer ihnen immer voraus sind wie in einem Handikaprennen[4], in dem die Abstände unverändert bleiben (ebd., 158).

Frauen im politischen Feld

Auf Basis dieses realistischen Politikbegriffs lässt sich nun die Rolle von Frauen in der Politik diskutieren. Der implizite Frauenausschluss wird durch die gestiegene Zahl der Frauen in der Politik in Frage gestellt. Mit Bourdieu ließe sich die These aufstellen, dass Frauen aufgrund frauenpolitischer Erfolge und damit einhergehender Veränderungen gesellschaftlicher Deutungsmuster zu einem wichtigen symbolischen Kapital für politische Parteien geworden sind. Das erklärt aber noch nicht, warum es auch in führenden Positionen Frauen geben sollte. Spitzenpolitikerinnen sind nicht nur ein Hinweis darauf, dass Frauen in das politische Feld eingetreten sind, sondern dass sie es verstehen, das politische Spiel erfolgreich zu spielen. Selbst wenn sich das politische Feld für Frauen als Handikaprennen darstellt, so ist doch davon auszugehen, dass es – zumindest für eine Minderheit – soziale Rahmenbedingungen gibt, in denen Dispositionen habituiert werden können, die im Machtkampf förderlich sind. Eine Konzeption von Politik, die einen Frauenausschluss impliziert, ist daher nicht adäquat.

Werden nun aber Frauen in das politische Feld integriert, stellt sich die Frage, ob damit auch die konzeptionelle Verkürzung von Politik auf Machtkämpfe widerlegt wird. Die Annahme, dass erfolgreiche Frauen in der Politik das gleiche Spiel wie Männer spielen, ähnliche Dispositionen haben, und vor allem die impliziten Regeln des Feldes anerkennen, lässt das Konzept in dieser Hinsicht unangetastet. Das politische Feld wird lediglich um Frauen erweitert. Der Charakter politischer Kämpfe, bei denen es (nebenbei) immer auch um (männliche) Ehre und somit die Herstellung von Männlichkeit geht, wird jedoch abgeschwächt[5]. Während somit Frauen durchaus in das politische Feld einbezogen werden können, ohne es grundlegend zu transformieren, bleibt noch die Frage nach feministischer Politik in diesem Politikbegriff zu klären. Diese ist nicht nur an den AkteurInnen festzumachen, sondern vor allem an politischen Zielen und Inhalten. Welche Bedeutung haben aber Politikinhalte in einer Konzeption von Politik, die in erster Linie auf die politische Karriere und die Erringung der Macht über den Staat gerichtet ist?

Hindernisse für feministische Politik

Für Weber ist der konkrete Inhalt von Sachpolitik irrelevant. Wichtig ist ihm lediglich die (innere, moralische) Haltung des Politikers zu seiner Politik (vgl. Weber 1980, 837). Laut Bourdieu geht es in der Politik um symbolische Kämpfe, die um die Durchsetzung gesellschaftlicher Sicht- und Teilungsprinzipien ringen. Der Sinn dahinter ist nicht nur, Deutungshoheit über die richtige soziale Ordnung zu erzielen, sondern eine solche erst herzustellen, um letztlich WählerInnen zu mobilisieren. Als Beispiel für einen symbolischen Kampf nennt Bourdieu die Ablösung des dominanten Prinzips der Di-Vision entlang der Trennlinie arm/reich durch die Trennung Franzosen/Ausländer, die der Front National durchsetzen konnte (Bourdieu 2001a, 50). Ein solcher Erfolg im Machtspiel hat eine Änderung der politischen Agenda zur Folge. Politiken, die nach wie vor auf die Trennung arm/reich setzen, geraten gegenüber solchen, die mit der Trennung Inländer/Ausländer operieren, ins Hintertreffen. Folglich dominieren erfolgreiche Di-Visions-Prinzipien auch Entscheidungen über politische Ziele. So gesehen kann Webers geforderte Treue zur eigenen politischen Linie im Machtkampf hinderlich sein, während die Bereitschaft, politische Ziele zu wechseln, als besonderer Realitätssinn gedeutet werden kann. Es ist zu vermuten, dass feministische Politik dabei schnell an ihre Grenzen stößt, da ihr emanzipatorischer Anspruch eigentlich nicht aufgrund von Machtkalkülen aufgegeben werden kann.
Auch wenn es selbstverständlich keine Einigung darüber gibt, was feministische Politik im Einzelfall ausmacht, gibt es aber sehr wohl Konsens dahingehend, dass sie sich um die Beseitigung geschlechtsspezifischer Herrschaft und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft bemüht. Zentraler Ansatzpunkt feministischer Politik wäre demnach die Beseitigung des Di-Visions-Prinzips, das die soziale Welt in zwei Geschlechter trennt und hierarchisiert. Die Debatten um „Intersektionalität“ haben gezeigt, dass Herrschaftsverhältnisse dermaßen miteinander verwoben sind, dass es für feministische Politik auch keine Option sein kann, ein Prinzip der Di-Vision durch ein anderes zu

ersetzen. Für feministische Politik bedeutet das: Sie zielt auf die Durchsetzung eines neuen *Visions*prinzips, in dem Geschlechterdifferenz keinen sozialen Unterschied macht, und gleichzeitig auf Beseitigung jedes *Divisions*prinzips, das eine Ungleichverteilung sozialer Chancen bewirkt.
Gesellschaftliche Teilungen nicht durchsetzen oder bekräftigen zu wollen, kommt der Nichtanerkennung der Spielregeln des politischen Feldes gleich. Einer solchen Politik und denen, die sie vertreten, kann daher auch schnell mangelnder Realitätssinn attestiert werden. Eine Abwertung politischer Forderungen als „unrealistisch" und „utopisch" zeigt die strategisch schwierige Position emanzipatorischer Politikinhalte an. Denn Politiken, die ein Visionsprinzip durchsetzen wollen, das ohne Trennungen und Hierarchisierungen operiert, können WählerInnen nicht mittels Polarisierung mobilisieren. Da sich Politik bei Weber und Bourdieu um Erringung von Herrschaft in und über die Gesellschaft (vermittelt über den Staat) dreht, ist in diesem Spiel feministische Politik benachteiligt, zumal die Nicht-Anerkennung der impliziten Spielregeln von der Teilnahme disqualifiziert. Dies würde auf die provokante These hinauslaufen, dass zwar die Zahl der Frauen in der Politik steigen mag, nicht aber die Zahl der Feministinnen.

Transformationen des politischen Feldes

Hoffnung auf feministische Politik gibt es aber, denn immerhin werden seit geraumer Zeit Transformationen von Geschlechterverhältnissen, Staat und Politik diskutiert. Zudem war Bourdieus Konzeption als kritisches Instrument gedacht, das als solches auf Transformationen des politischen Feldes hinwirken sollte. Unter den thematisierten Veränderungen ist an erster Stelle ein sozialer Wandel zu nennen, der traditionelle Arrangements zwischen öffentlichen und privaten Sphären sowie Muster geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung unter Druck setzt. Diese Transformation wird von symbolischen (also politischen) Kämpfen um „richtiges" Klassifizieren der Veränderungen begleitet (Dölling 2004, 80).
Zentrales Moment in diesen Kämpfen ist die gemeinhin konstatierte Hegemonie neoliberaler Deutungen, wonach der Markt als effizienter Regulierer fungiert, der individuelle Leistung mit Erfolg belohnt, was ein Di-Visions-Prinzip von Leistung/Erfolg auf der einen Seite und Leistungsverweigerung/Misserfolg auf der anderen Seite bewirkt. In diese Hegemonie können sich Politikstrategien wie Gender-Mainstreaming (vgl. Kahlert 2005) ebenso einfügen wie ein neuer, medial verbreiteter (Post-)Feminismus. Der Verweis auf individuelle Erfolge einzelner Frauen macht Frauenpolitik dann mit der Durchsetzung eines gesellschaftlichen Di-Visions-Prinzips kompatibel, verliert aber den Anspruch auf umfassende Geschlechtergerechtigkeit. Chancen für feministische Politik im Sinne der Durchsetzung eines neuen Visionsprinzips, die durch soziale Transformationen der Geschlechterverhältnisse zu erhoffen wären, werden von einem neoliberal eingehegten Verständnis von Frauen- und Geschlechterpolitik, das dem Di-Visions-Prinzip individualisierter Leistung folgt, wieder verspielt. Entsprechende frauenpolitische Forderungen richten sich auf Chancengleichheit we-

niger, privilegierter Frauen (vgl. Hark/Kerner 2007, 93) und stellen das politische Spiel selbst nicht in Frage.

Die Betonung individueller Leistung hat auf Politik einen transformierenden Einfluss, zumal soziale Organisationsformen, wie Parteien aber auch soziale Bewegungen, hinter das Individuum zurücktreten und es somit tendenziell zu einer Personalisierung und – über die mediale Inszenierung – Popularisierung von Politik kommt. Dies bewirkt eine Veränderung der Spielregeln im politischen Feld, die Strategien „symbolischer Politik“[6] aufwerten. Die für erfolgreiche Politik notwendig gewordene mediale Präsenz stellt jedoch an Frauen besondere Herausforderungen, weil von verfügbaren medialen Weiblichkeitsbildern vorrangig die symbolische Mutter[7], die sich um Land und BürgerInnen sorgt, politisch tragfähig ist (van Zoonen 2006, 292). Diese Inszenierung von Weiblichkeit steht in immer stärkerem Kontrast zu medial verbreiteten Weiblichkeitsbildern, die auf extravagante Mode und betonte Sexualität setzen, aber auch zu solchen, die aus der Frauenbewegung herrühren. „As a result, female heads of state and female politicians in general, more extremely than before, are ‚others‘ to dominant images of femininity“ (ebd., 298). Dies schränkt aber die Möglichkeit ein, als Repräsentantin von Frauen anerkannt zu werden, wenn sich (vor allem feministisch engagierte) Frauen von diesen Personen mit ihren medialen Inszenierungen nicht vertreten fühlen und somit nicht mobilisieren lassen. Die sozial geringeren Chancen von Frauen, symbolisches Kapital zu akkumulieren, verringern somit auch die Chancen, „Feminismus“ erfolgreich in politisches Kapital zu verwandeln. Dahinter steckt auch das Problem, dass Erfolge im Machtspiel der Politik nebenbei Zugewinne an Männlichkeit einspielen, was weibliche Politikerinnen aber nicht als Vermehrung ihres symbolischen Kapitals verbuchen können.

Die genannten Transformationen des politischen Feldes deuten folglich nicht auf eine Verbesserung der Durchsetzungschancen für feministische Politik hin. Einerseits verändern sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen, sodass Frauenpolitik begünstigt wird. Deren Erfolg ist jedoch nur durch Anerkennung des neoliberalen Di-Visions-Prinzips gewährleistet, und beschert daher nur wenigen (privilegierten) Frauen mehr Teilhabe. Der emanzipatorische Anspruch einer Enthierarchisierung aller Geschlechterverhältnisse kann hingegen nicht eingelöst werden. Andererseits bewirken Personalisierung und Popularisierung von Politik, dass die oft frauenausschließenden Strukturen (politischer) Bürokratien umgangen werden können, was medial präsenten PolitikerInnen die Möglichkeit eröffnen könnte, für feministische Politik direkte Unterstützung der WählerInnen zu bekommen. Doch scheint der typische Modus populistischer Politik – die Vorstellung authentischer Vertretung (Spitaler 2005, 59) – sie medial dem (wie auch immer konstruierten) „feministischen Wir“ zu entfremden. Die Spielregeln des politischen Feldes, die auf die Durchsetzung eines gesellschaftlichen Prinzips der Di-Vision verpflichten, sowie die Art politischer Kämpfe, in denen es implizit immer auch um die Vermehrung männlicher Ehre als symbolisches Kapital geht, können somit als zentrale Hindernisse für feministisch-

emanzipatorische Politik benannt werden. Diese scheinen von aktuell diskutierten Transformationen des politischen Feldes noch immer unberührt zu sein.
Solange Politik so konzipiert wird, dass sie in doppelter Weise auf Herrschaft zielt – einmal als Herrschaft über den Staat und seine Politikinstrumente (Gewaltmonopol) und einmal als Herrschaft in und über die Gesellschaft (Regierung durch Di-Vision) bleiben die Hindernisse für emanzipatorische Politik, die aus der Notwendigkeit, das politische Spiel in Frage zu stellen, herrühren, bestehen. Governance-Konzepte thematisieren nun eine Transformation von Politik, die zumindest die erste Dimension von Herrschaft in Frage stellt. Denn neue, „softere" Politikinstrumente lösen die staatliche Regulierungsmacht ab, und soziale AkteurInnen können ihre politischen Ziele selbst definieren und durch gemeinsame Absprachen durchsetzen (vgl. Jordan/Wurzel/Zito 2005, 478f.). Dies lässt auf demokratisierende Impulse hoffen, auf Erweiterungen des politischen Feldes und die Inklusion anderer Politikformen[8], die nicht der engen Konzeption „realistischer Politik" folgen. Allerdings bleibt auch im Governance-Konzept die zweite Dimension von Herrschaft in und über Gesellschaft unangetastet. Für feministische Politik ist das jedoch sogar das größere Problem.

Anmerkungen

1 Für ausgiebige Diskussion und hilfreiche Anregungen danke ich allen TeilnehmerInnen am feministischen Lesekreis, insbesondere Eva Kreisky, Thomas König, Birgit Sauer, Veronika Schwediauer, Andrea Bührmann und zudem den Herausgeberinnen dieses Heftes.

2 Zur Entwicklung der weiblichen Vertretung in Parteien, Parlamenten und Regierungen vgl. Fuchs (2006, 246-252).

3 Bourdieus Ausführungen basieren auf seinen Feldstudien über die Berber der Kabylei sowie der Analyse einer Kurzgeschichte von Virginia Woolf. Dieses Vorgehen sollte androzentrische Verkürzungen vermeiden, gab jedoch auch Anlass zu Kritik. Er hält jedoch eine Übertragung des kabylischen Denkens auf moderne Gesellschaften für gerechtfertigt, weil er es als paradigmatisch für die kulturelle Tradition des mediterranen Raums, die letztlich für ganz Europa bestimmend ist, einstuft (vgl. Bourdieu 2005, 15).

4 Bourdieu übernimmt auch für diese Metapher die Sprache von Spiel und Sport. Im Sport dienen Handikaps dazu Chancengleichheit herzustellen, wenn sehr ungleiche GegnerInnen gegeneinander antreten. Bourdieu will mit dieser Metapher auf die ungleichen Chancen zwischen den Geschlechtern aufmerksam machen.

5 Die Einschätzung in der Männlichkeitsforschung weist eher in Richtung einer Verstärkung, zumal die neuen Managementkonzepte, die eventuell auf das Feld der Politik übertragbar sind, letztlich autoritär-aggressive Männlichkeit fördern (vgl. Scholz 2007, 63).

6 Sarcinelli (2008) unterscheidet zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik, wobei er die vermutete Relevanzverschiebung eher für eine medial vermittelte „optische Täuschung" hält, die die institutionelle Machtbasis von Politikern nicht ersetzen kann.

7 Andere mediale Bilder von Politikerinnen sind die Lehrerin, die Eiserne Lady, die Hexe oder die Verführerin (Liebhart 2008, 117) (vgl. auch den Beitrag von Sennewald in diesem Heft). Im Gegensatz zu Politikern ist das Geschlecht immer primäres Beschreibungsmerkmal. Frauen können auch kaum ihr Privatleben als Ressource einsetzen, um zu zeigen, dass sie echte Menschen sind, die nach Weber überhaupt erst Politik zum Beruf haben können (Weber 1988, 559), weil dies zu leicht gegen ihre Befähigung zur Politikerin gedeutet würde (van Zonen 2006, 299).

8 Mit dem Governance-Ansatz ist die Annahme verbunden, dass die institutionelle Fixierung des Politikbegriffs gelockert und unkonventionelle Partizipationsformen aufgewertet werden, was einer stärkeren Partizipation von Frauen entgegenkommen könnte. Zu unkonventionellen Partizipationsformen vgl. Hoecker (2006, 9ff.), zu den Barrieren institutioneller Politik Hoecker (1998) und Neyer (1991), zu feministischer Kritik an „Governance" Sauer (2003).

Literatur

Bologh, Roslyn W., 1990: Love Or Greatness: Max Weber and Masculine Thinking – A Feminist Inquiry. London.

Borchert, Jens, 2003: Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt/M., New York.

Bourdieu, Pierre, 1997a: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre, 1997b: „Die männliche Herrschaft". In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt/M., 153-217.

Bourdieu, Pierre, 2001a: „Das politische Feld". In: Ders.: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz, 41-66.

Bourdieu, Pierre, 2001b: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt/M..

Bourdieu, Pierre, 2005: Die männliche Herrschaft. Frankfurt/M.

Bourdieu, Pierre/**Wacquant**, Loic J.D., 2006: Reflexive Anthropologie. Frankfurt/M..

Dölling, Irene, 2004: „Männliche Herrschaft als paradigmatische Form der symbolischen Gewalt". In: Steinrücke, Margareta (Hg.): Pierre Bourdieu. Politisches Forschen, Denken und Eingreifen. Hamburg, 74-90.

Fuchs, Gesine, 2006: „Politische Partizipation von Frauen in Deutschland". In: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, 235-260.

Hark, Sabine/**Kerner**, Ina, 2007: „Der neue Spartenfeminismus". Feministische Studien. Jg. 25, H. 1, 92-95.

Hoecker, Beate, 1998: „Zwischen Macht und Ohnmacht. Politische Partizipation von Frauen in Deutschland". In: Dies. (Hg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen, 65-90.

Hoecker, Beate, 2006: „Politische Partizipation: systematische Einführung". In: Dies. (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, 3-20.

Jordan, Andrew/**Wurzel**, Rüdiger K.W./**Zito**, Anthony, 2005: „The Rise of ‚New' Policy Instruments in Comparative Perspective: Has Governance Eclipsed Government?Political Studies". Vol. 53 No. 3, 477-496.

Kahlert, Heike, 2005: „Beratung zur Emanzipation? Gender Mainstreaming unter dem Vorzeichen von New Public Management". In: Behning, Ute/Sauer, Birgit (Hg.): Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen. Frankfurt/M., New York , 45-62.

Kreisky, Eva, 1994: „Das ewig Männerbündische? Zur Standardform von Staat und Politik". In: Leggewie, Claus (Hg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik. Darmstadt, 191-208.

Kreisky, Eva, 1995: „Gegen ‚geschlechtshalbierte Wahrheiten'. Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum". In: Dies./Sauer, Birgit (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Frankfurt/M., New York, 27-62.

Lang, Sabine, 2004: „Politik – Öffentlichkeit – Privatheit". In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien, 65-81.

Liebhart, Karin, 2008: „Das Private ist politisch werbewirksam. Zur Imagekonstruktion österreichischer und deutscher Spitzenpolitiker/innen". In: Pollak, Johannes/Sager, Fritz/Sarcinelli, Ulrich/Zimmer, Annette. (Hg.): Politik und Persönlichkeit. Wien, 101-119.

Meuser, Michael, 2006: „Hegemoniale Männlichkeit – Überlegungen zur Leitkategorie der Men's Studies". In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the Art. Münster, 160-174.

Mommsen, Wolfgang, 1974: Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte. Frankfurt/M..

Neyer, Gerda, 1991: „Zugangsmodalitäten und strukturelle Behinderungen in österreichischen Parlamenten: Frauen im Nationalrat". In: Schaeffer-Hegel, Barbara/Kapp-Degethoff, Heidi (Hg.): Vater Staat und seine Frauen, Bd. 2. Pfaffenweiler, 39-51.

Sarcinelli, Ulrich, 2008: „Persönlichkeit und Politik. Politische Akteure in der Entscheidungs- und Darstellungspolitik". In: Pollak, Johannes/Sager, Fritz/Sarcinelli, Ulrich/Zimmer, Annette (Hg.): Politik und Persönlichkeit. Wien, 15-33.

Sauer, Birgit, 2003: „Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven". Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Jg. 51 H. 4, 621-637.

Schaeffer-Hegel, Barbara/**Foster**, Helga/**Lukoschat**, Helga/**Mersmann**, Rita, 1995: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen. Pfaffenweiler.

Scheele, Alexandra 2008: Arbeit als politisches Feld, Münster.

Scholz, Sylka, 2007: „Der soziale Wandel von Erwerbsarbeit. Empirische Befunde und offene Fragen". In: Bereswill, Mechthild/Meuser, Michael/Scholz, Sylka (Hg.): Dimensionen der Kategorie Geschlecht: Der Fall Männlichkeit. Münster, 51-67.

Spitaler, Georg, 2005: Authentischer Sport – inszenierte Politik? Zum Verhältnis von Mediensport, Symbolischer Politik und Populismus in Österreich. Frankfurt/M.

Van Zoonen, Liesbet, 2006: „The Personal, the Political and the Popular: A Woman's Guide to Celebrity Politics". European Journal of Cultural Studies. Vol. 9 No. 3, 287-301.

Weber, Max, 1980/1921: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.

Weber, Max, 1988/1919: Politik als Beruf. In: Weber, Max: Gesammelte politische Schriften. Tübingen, 505-560.

Globale Verschwisterung im Log Frame?

Zur Institutionalisierung von Frauen- und Genderpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit

CHRISTA WICHTERICH

Die Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit können auf eine über 30jährige Hochkonjunktur des Themas Geschlechtergleichheit zurückblicken. Sie begann mit einzelnen Frauenprojekten, erlebte einen Boom mit Frauenförderung und Gender Mainstreaming, verzweigte sich in Maskulinitäts-Trainings und läuft inzwischen in einer „Gender Fatigue", einer transnationalen Erschöpfung des Themas aus. Als politisches Diskursfeld war die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) stets vielfältig verschränkt mit internationalen entwicklungspolitischen Debatten. Als politisches Ressort war sie eine Vorreiterin geschlechtsspezifischer Ansätze und des Gender Mainstreaming. Als „weiches" Politikfeld ist sie prototypisch für die Integration und den professionellen Aufstieg von Frauen: In drei EU-Staaten werden die EZ-Minis-